

# presse

---

## Ramsauers Entscheidung grenzt an Untreue

Anlässlich der Aufforderung durch Bundesverkehrsminister Ramsauer gegenüber dem Land Niedersachsen, den Ausbau eines A7-Abschnitts über private Finanzierung auszuschreiben, erklärt Kirsten Lühmann:

Minister Ramsauers Entscheidung das Bauprojekt A7 mit privaten Geldern auszuführen (ÖPP), grenzt an Untreue. Obwohl der Bundesrechnungshof mehrfach feststellte, dass diese Art der Durchführung des dringend erforderlichen Autobahnausbaus 13 Millionen mehr kosten wird als in konventioneller Bauweise, hat der Minister die Anweisung gegeben, die ÖPP-Ausschreibungen zu veröffentlichen.

Das ist ein bisher einmaliger Vorgang: Gegen den ausdrücklichen Willen des betroffenen Bundeslandes Niedersachsen und gegen die ausdrückliche Empfehlung des Rechnungshofes drückt hier eine Bundesregierung allein aus politischen Gründen die Privatisierung des Bauvorhabens durch. Die Niedersächsische Straßenbauverwaltung kommt bei ihrer Berechnung sogar auf eine Differenz von 25 Millionen Euro, die das Ramsauerprojekt teurer werden wird.

Minister Ramsauer lässt sich hier von ideologischen Gründen leiten, anstatt sich sachlich mit dem pro und contra einer solchen Entscheidung auseinander zu setzen. Anders kann ich mir diese ungeheure Vernichtung von Steuergeldern, die Ihresgleichen sucht, nicht erklären.